

31. III. 1917

91

Das Budget der Hauptstadt. Sitzung der Finanzkommission.

Budapest, 31. März.

Die hauptstädtische Finanzkommission verhandelte gestern nachmittag unter dem Voritze des Vizebürgermeisters Dr. Theodor Bödy das Budget der Hauptstadt für 1917 und beschäftigte sich mit der Frage, wie das Defizit gedeckt und das Gleichgewicht im Haushalte der Kommune hergestellt werden könnte. Im Laufe der verhältnismäßig kurzen, doch um so gehaltvolleren Debatte machte sich die Ansicht geltend, daß die Aufnahme eines neuen großen Anlehens unvermeidlich sei, da die Hauptstadt nicht nur für die Deckung des Defizits sorgen, sondern auch über größere Gelbborräte verfügen müsse, um nach dem Kriege allen Anforderungen entsprechen zu können. Großes Gewicht legten die Redner darauf, daß sich die Hauptstadt schon jetzt mit den nach dem Kriege zu lösenden wichtigen sozialen und anderen Fragen beschäftige; ein hierauf abzielender Antrag Dr. Béla Feleki wurde einstimmig angenommen. Die Sitzung nahm folgenden Verlauf:

Der erste Redner war Bürgermeister Dr. Stefan Bárczy; er teilte unter anderem mit, der Magistrat werde dem Municipalausschuß den Antrag stellen, daß die Regierung ersucht werde, sich dringend mit der Reform der städtischen Steuern zu beschäftigen und den Städten die Haussteuer zu überlassen; falls diese nicht genügen sollte, müßte den Städten auch noch gestattet werden, nach der Einkommensteuer einen Kommunalsteuernzuschlag auszuwerfen. Das heutige Steuersystem der Städte könne nicht länger aufrechterhalten werden. Die Erhöhung des Kommunalsteuernzuschlages und des Hauszinsfreuzers billigt Redner nicht; nur in dem Falle — sagte er —, wenn unser Wunsch nicht erfüllt werden sollte, würden wir zu diesem äußersten Mittel greifen. Sodann sprach der Bürgermeister über die Probleme der Zukunft, zu deren wichtigsten die Förderung des Baugewerbes gehört. Nur wenn der Haushalt der Hauptstadt geordnet wird, kann die Hauptstadt die kolossalen Aufgaben, die nach dem Kriege der Lösung harren werden, erfüllen. (Lebhafter Beifall.)

Heinrich v. Biró ist der Ansicht, das Defizit sei zum größten Teile dem Kriegszustand zuzuschreiben. Er hält das Budget für reell, obwohl eine wichtige Post: die Regelung der Gehälter der Beamten, in das Budget nicht eingestellt wurde. In diesem Falle wäre das Defizit noch größer. Es werde nichts anderes übrig bleiben, als das Defizit durch ein Anlehen zu decken. Bei dieser Gelegenheit kritisiert Redner die Anlehenspolitik der Hauptstadt und weist darauf hin, daß Wien viel billigere Anlehen bekomme. Eingehend beschäftigte sich der Redner mit den Budapestier Wohnungsverhältnissen; er bezeichnete sie als unhaltbar und wünscht, daß dieser wichtigen Frage schon jetzt die nötige Aufmerksamkeit gewidmet werde. Man müsse dafür sorgen, daß nach dem Kriege die heimkehrenden Soldaten Wohnungen finden. Er kritisiert die Mietzinsverordnung, die seiner Ansicht nach große Mängel habe. Auch mit der Frage des Ueberganges zum Frieden müsse sich die Hauptstadt schon jetzt eingehend beschäftigen. Er nimmt das Budget an.

Dr. Rudolf Havas wünscht, daß die Hauptstadt die größte Sparsamkeit beobachte. Trotz des großen Defizits sei kein Anlaß, der Zukunft mit Besorgnissen entgegenzusehen. Er halte es daher für unnötig, dem Publikum so vielerlei neue Lasten aufzuerlegen. Nach dem Kriege werde gewiß eine Epoche des Aufschwunges eintreten, der auch die Finanzlage der Hauptstadt günstig beeinflussen werde. Zum Schlusse erklärte Redner, in der Hoffnung, daß für die Bürger der Hauptstadt nach dem Kriege bessere Zeiten anbrechen werden, das Budget anzunehmen.

Dr. Béla Feleki kann die Lage nicht so hoffnungsvoll betrachten wie der Vorredner. Er beschäftigt sich sodann mit den Ursachen des Defizits und weist darauf hin, daß die

Hauptstadt stets mitemütterlich von der Regierung behandelt werde. Man müsse der Regierung nahelegen, daß es ihre Pflicht sei, die Hauptstadt noch Möglichkeit zu entlasten und ihr zur weiteren Erfüllung ihrer Pflichten behilflich zu sein. Vor allem müsse man trachten, das Defizit durch ein Anlehen zu decken. Es müßte ein größeres Anlehen aufgenommen werden, denn auch die Vorbereitungen zum Uebergang in die Friedenszeit werden große finanzielle Ansprüche an die Hauptstadt stellen. Er wünscht, daß zu diesem Zwecke ein möglichst billiges Verlosungsanlehen im Betrage von 200 Millionen Kronen aufgenommen werde. Redner billigt die Ausführungen Heinrich v. Birós in der Wohnungsfrage und beantragt, eine engere Kommission zu entsenden, die die Lösung der Wohnungsfrage und andere wichtige Fragen gründlich vorzubereiten hätte.

Franz Székely ist ebenfalls der Ansicht, daß die Hauptstadt schon jetzt ein 200-Millionen-Anlehen aufnehmen solle. Die Hauptstadt müsse über bedeutende Gelbborräte verfügen, soll sie den nach dem Kriege an sie heranreitenden Aufgaben gerecht werden können. In der Wohnungsfrage regt Redner die Idee an, daß die Hauptstadt, die günstige Konjunktur ausnützend, einen Teil ihrer Grundstücke verkaufe und das Geld zur Errichtung von Finanzhäusern verwende. So könnte die Wohnungsfrage am besten gelöst werden. Gegenüber der Ansicht Dr. Havas' hält Redner die Einführung neuer Steuern für unerlässlich, da die Hauptstadt auf eine derartige Vermehrung ihrer Einnahmen nicht verzichten könne. Nachdem noch Julius Székely gesprochen hatte, nahm die Kommission das Budget an samt dem Antrage Dr. Feleki auf Entsendung einer engeren Kommission zur Vorbereitung der Lösung der Wohnungsfrage und anderer dringender Fragen.

Die für heute vormittag anberaumte Sitzung der Finanzkommission wird nicht abgehalten.